

Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/1925/2019**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 21.10.2019

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Matthias Riedl, Fraktion Gießener LINKE

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

Betreff:

Gießen steht zur Seenotrettung

- Antrag der Fraktion Gießener LINKE vom 21.10.2019 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Gießen tritt dem kommunalen Bündnis ‚Sichere Häfen‘ bei und erklärt sich solidarisch mit den Menschen die vor Krieg, Hunger und Perspektivlosigkeit flüchten.
2. Die Stadt Gießen verurteilt Versuche die zivile Seenotrettung zu kriminalisieren und stellt fest: Ein Behindern der Rettungskräfte im Mittelmeer stellt nicht nur einen Bruch des Internationalen Seerechts dar, sondern ist auch nach deutschen Recht nach §323c (2) Unterlassene Hilfeleistung durch Behindern von Personen, die Dritten Hilfe leisten.
3. Die Stadt Gießen erklärt sich bereit in Seenot geratene Menschen auf der Flucht aufzunehmen und ihnen Schutz zu gewähren.
4. Die Stadt Gießen fordert die Regierung Hessens dazu auf ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm nach §23 (1) AufenthG einzuführen, um sichere Fluchtrouten abseits der hochgefährlichen Mittelmeerroute zu ermöglichen.
5. Die Stadt Gießen fordert eine europäische Lösung bei der Verteilung der zu uns nach Europa Geflüchteten.“

Begründung:

Seit Beginn der Krisen in Syrien und Afrika sind mehr als 30.000 im Mittelmeer, bei ihrem Versuch über das Meer sich in Sicherheit zu bringen, verdurstet und ertrunken. Das Sterben im Mittelmeer findet tag-täglich statt. Es ist eine der großen humanitären Katastrophen des jungen 21. Jahrhunderts. Rechtsnationale und rechtsradikale Politiker*innen und Parteien versuchen seit geraumer gegen Geflüchtete und insbesondere ehrenamtliche Retter*innen Stimmung zu machen und beide zu kriminalisieren. Die Stadt Gießen – als international geprägte europäische Stadt – muss sich hier klar gegen den Versuch der Aushöhlung der europäischen humanistischen Grundwerte und nicht zuletzt gegen eine Aushöhlung des ersten Artikels unseres Grundgesetzes stellen. Sie tritt deshalb dem Bündnis „Sichere Häfen“ bei, dem sich bis dato bereits 60 deutsche Städte und Gemeinden angeschlossen haben.

Matthias Riedl
Fraktionsvorsitzender